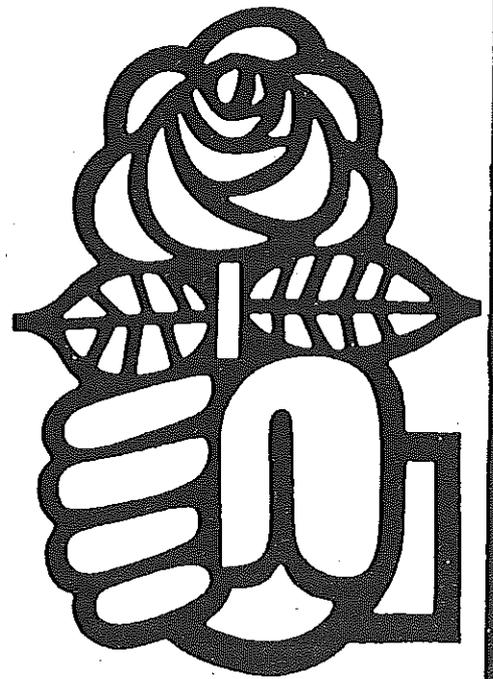
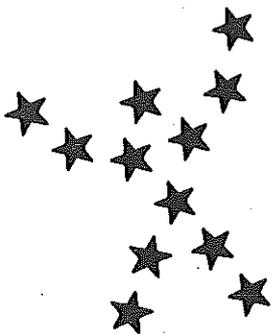


Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!



*Ein Ausweg aus der
kapitalistischen Sackgasse*



Eine **VORAN.**

Artikelsammlung **Preis:** 1,50 DM

Das magische Jahr 1992 rückt immer näher und damit auch der Traum des europäischen Großkapitals vom "EG-Binnenmarkt".

Die Ziele, die die Unternehmer damit verbinden, sind klar: Frontalangriffe auf nahezu alle Arbeiterrechte unter dem Stichwort "Deregulierung", Beschleunigung des Konzentrationsprozesses des Kapitals. Die europäischen Multis sollen fit gemacht werden für den Konkurrenzkampf gegen die USA und Japan. Wer dabei verlieren soll, steht jetzt schon fest: die Arbeiterklasse.

Die Führungen der europäischen sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften scheinen sich damit bereits abgefunden zu haben. Sie "begegnen" den Angriffen des Kapitals ausschließlich mit "sozialflankierenden Maßnahmen".

Die Arbeiterklasse stellt die stärkste gesellschaftliche Kraft in Europa dar. Diese Kraft muß genutzt werden. Ihre Organisationen müssen die Angriffe zurückschlagen und dem Europa des Kapitals das sozialistische Europa entgegensetzen.

Diese VORAN-Broschüre umfaßt Artikel zum Thema Europa aus den VORAN-Ausgaben von Oktober 1988 bis Mai 1989.

Redaktion VORAN, Mai 1989

EG-Binnenmarkt

Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

31.12.1992: Ein magisches Datum für ca. 320 Mio. EG-Bürger. Die Regierungen der zwölf EG-Staaten haben beschlossen, bis zu diesem Zeitpunkt den EG-Binnenmarkt zu schaffen.

„Aufgabe der Gemeinschaft ist es, durch die Errichtung eines gemeinsamen Marktes (...) eine beschleunigte Hebung der Lebenshaltung und engere Beziehungen zwischen den Staaten zu fördern, die in dieser Gemeinschaft zusammengeschlossen sind.“ (Art. 2 EWG-Vertrag vom 25.3.1957)

Doch einen Haken hat die Sache dann doch schon: „Der gemeinsame Markt wird während einer Übergangszeit von zwölf Jahren schrittweise verwirklicht. (...) Die Bestimmungen (...) dürfen nicht zur Folge haben, daß die Übergangszeit länger als 15 Jahre dauert.“ (Art. 8 EWG-Vertrag)

Die EG, wie sie heute besteht, geht in ihren Anfängen zurück bis in die frühen 50er Jahre, als man sich in Europa auf einzelne Gebiete (EZU - Europäische Zahlungsunion; EGKS - Gemeinschaft für Kohle und Stahl) zusammengeschlossen hat, um gegen den großen Wirtschaftsraum USA bestehen zu können. Dazu wurden nationale Handelshemmnisse zunächst in einzelnen Bereichen abgebaut. Dies war möglich, weil sich die Wirtschaft weltweit im Aufschwung befand und die nationalen Kapitalisten Vorteile in einem Zusammenschluß sahen. Zum einen wuchs der Inlandsmarkt nach den Zerstörungen des 2. Weltkrieges gewaltig und ein gemeinsames protektionistisches (Aufbau von Handelshemmnissen) Vorgehen gegenüber Dritten ist in einer Gemeinschaft einfacher. Das Ziel der führenden Nationen BRD und Frankreich innerhalb der Sechsergemeinschaft war also in erster Linie eine Zoll- und Handelsunion EWG, um die sogenannten 3. Welt-Länder besser ausbeuten zu können und dann erst die Erweiterung ihres Absatzmarktes durch den EG-Binnenmarkt.

Dies zeigt auch die Entwicklung der EG in den 60er und 70er Jahren. Die Schaffung der Zollunion 1967 mit einheitlichen Zollsätzen gegenüber Drittländern war der wichtigste Schritt zum

Abbau von Handelshemmnissen zwischen den EG-Staaten. Die Aufnahme von Großbritannien, Irland und Dänemark 1973, Griechenlands 1981 sowie von Spanien und Portugal verzögerte Fortschritte bei der Schaffung des Binnenmarktes und brachte neue unterschiedliche Interessen in die EG, da bis 1985 alle Entscheidungen des EG-Ministerrats einstimmig getroffen werden mußten.

„Vier Freiheiten“

In einem 1985 erschienenen Weißbuch werden „Vier Freiheiten“ genannt, die für den Binnenmarkt durchgesetzt werden müssen:

1. Die Freiheit für den unbehinderten Warenaustausch.
2. Die Freiheit für Dienstleistungen quer durch die Gemeinschaft.
3. Die Freiheit für Kapitalbewegungen.

4. Die Freiheit für alle Menschen aller Berufe sich in einem anderen Mitgliedsstaat zu betätigen.

Weiterhin nennt das Weißbuch 286 Maßnahmen (Normen, Rechts- und Umweltrichtlinien etc.), die auf dem Weg zum Binnenmarkt vereinheitlicht werden müssen. Beschlossen sind bis jetzt nur die 3. und 4. Freiheit. Ende 1992 müssen alle Devisen- und Kapitalverkehrsbeschränkungen auch gegenüber Nicht-EG-Ländern aufgehoben sein, d.h. jeder (der Kapital hat) darf und kann sein Kapital anlegen, wo er will und wo es den meisten Profit bringt. Die vierte Freiheit ist schon in den 60er Jahren teilweise verwirklicht worden (Stichwort: „Gastarbeiter“). Die EG-Gremien sind also nun angehalten, bis 1992 die restlichen zwei

Freiheiten sowie noch ca. 200 Richtlinien zu vereinheitlichen.

Freiheit des unbehinderten Warenaustauschs heißt, alle Waren können innerhalb der EG erzeugt und gehan-

delt werden, als ob die EG ein einziger Staat wäre, d.h. ein Staat ohne Grenzen mit einem Staatsapparat, Parlament, mit einer Wirtschaftspolitik und mit einer einzigen Währungspolitik (mit einer Währung). Dies widerspricht den natürlichen Interessen des Kapitals in den einzelnen EG-Staaten. Hier haben sich die Staaten Handelshemmnisse geschaffen, um die nationalen Bestimmungen zum Verbraucher- und Erzeugerschutz durchzusetzen. Da sind unterschiedliche Mehrwertsteuersätze, unterschiedliche Verbrauchssteuern auf die verschiedensten Warenarten (Mineralöl-, Zucker-, Salz-, Schaumwein-, Bier- und Leuchtmittelsteuer etc.) sowie Subventionen. Dann gibt es noch die verschiedensten Reinheitsgebote für Bier und Wurst (BRD), Nudelerzeugnisse (Italien), Brot und Wein in Frankreich etc. Wer kennt nicht die Bier- und Spaghettikriege vor dem Europäischen Gerichtshof.

Diese nationalen Barrieren müssen erst einmal fallen, damit die Freiheit des Warenhandels gewährleistet ist. Die nationalen Konzerne werden sich immer an ihre Regierung wenden, um bei Subventionen und Staatsaufträgen bevorzugt zu werden. Da ist es kein Wunder, wenn Jacques Delors, oberster EG-Kommissar, nur die Abschaffung aller Grenzkontrollen ab 1993 als Ziel betrachtet. Doch diese Grenzkontrollen sind nur nötig, weil oben genannte nationale Vorschriften sie notwendig machen und die Einhaltung auch sonst nicht überprüfbar wäre (Fleisch- und Flüssigeiskandale).

Angriff auf Arbeitsplätze

Philipschef Cornelis von der Klugt: „Meine Strategie gilt dem Datum 1992.“ 60 der 180 Philips-Fabriken innerhalb der EG sollen geschlossen werden. Das sind 20.000 Arbeitsplätze. Mittelfristig sollen zwar angeblich 2,5-3 Mio. Arbeitsplätze geschaffen werden, nachdem im Vorfeld des EG-Binnenmarktes ca. 500.000 bis 1 Mio. Arbeitsplätze verlorengehen

werden. Alle großen Konzerne kaufen sich in andere Konzerne der EG ein. Bei Firmenaufkäufen werden jedoch keine neuen Arbeitsplätze geschaffen, sondern bestehende wegrationalisiert.

Die Kapitalisten werden es nicht schaffen, die Grenzen in Europa abzubauen. Das hindert sie aber nicht daran, das Argument „Binnenmarkt“ zu benutzen, um die Rechte und den Lebensstandard der Arbeiter in allen europäischen Ländern anzugreifen. Das heißt z.B., die Arbeiter bei VW sollen auf Einkommen verzichten, damit die Autos von VW konkurrenzfähiger werden. Angeblich würden so die Arbeitsplätze bei VW gesichert. Dieses Argument ist Unsinn und zieht nicht, weil es in allen Firmen und allen Ländern angewandt wird. Wenn man dieser kapitalistischen Logik folgt, müssen wir bald alle wie im letzten Jahrhundert zu Hungerlöhnen arbeiten. Lohnverzicht schafft Arbeitslosigkeit, denn die Arbeiter produzieren nicht nur die Waren, sie sollen sie auch kaufen. Die Konzernzentrale entscheidet, wer wo was und wieviel produziert. Denn europäische Betriebsräte gibt es noch nicht, da die Arbeitermitbestimmung in vielen EG-Ländern noch in der Kinderschuhen steckt. Für die Gewerkschaften ist hier also die zentrale Forderung anzusetzen:

Ein Arbeiter Europa

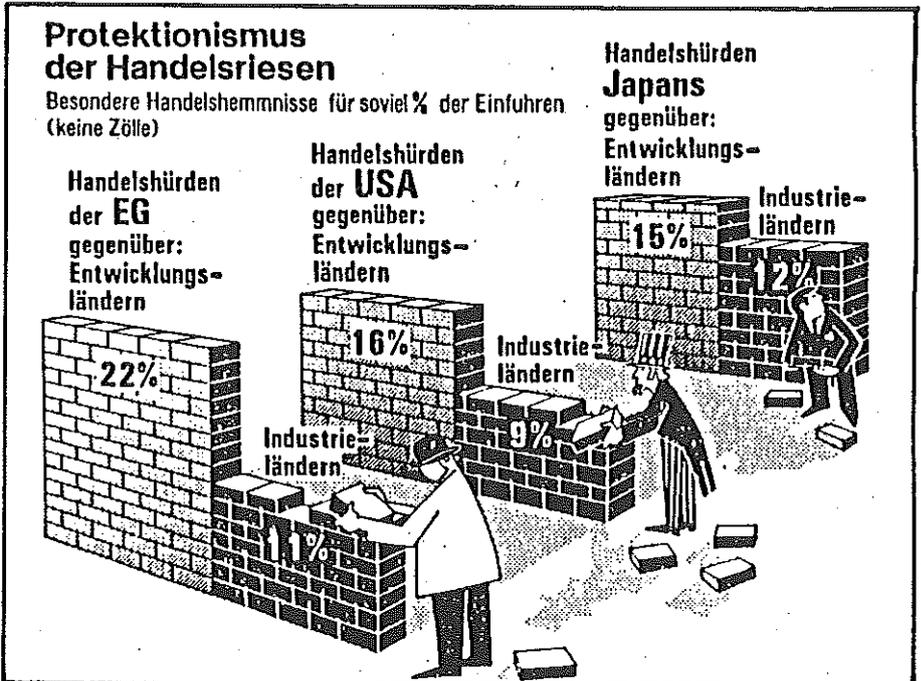
Kampf um mehr Arbeiterrechte überall mit Sozialversicherung, Einhaltung von Sozial- und Tarifverträgen bei Aufträgen über die Grenze, Kündigungsschutz, Mutterschutz, Streikrecht etc. Die Forderung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände nach Anpassung der Sozialstandards darf nicht heißen: Anpassung nach unten. Noch ist es Aufgabe der Gewerkschaften, auch wenn sie sich teilweise davor drücken,

in den „rückständigen“ EG-Ländern höhere Löhne und verkürzte Arbeitszeiten durchzusetzen. Denn mit jedem Schritt, den wir vor den Angriffen des Kapitals weichen, werden die Gewerkschaften in Griechenland, Spanien und Portugal nicht weiterkommen. Und nur unsere starken Rechte verbessern die Situation in den südlichen EG-Ländern.

Gemeinsam mit den Vorteilen eines geeinten Europas, wie einheitliche Normen im Maschinenbau und auf den Sektoren Gesundheit und Um-

weltschutz können wir weiterkommen auf dem Weg zu einem Vereinten Sozialistischen Europa unter demokratischer Arbeiterkontrolle, denn der Binnenmarkt ist für die Kapitalisten nur ein Mittel zum Zweck, um in der Zeit eines minimalen Wirtschaftswachstums Arbeiterrechte abzubauen. Ein vereintes Europa kann unter der Herrschaft des Kapitals nicht geschaffen werden.

Matthias Bürschgens, Aachen
Jungsozialist und ÖTV-Mitglied



Weltweit hat der Protektionismus an Schärfe zugenommen. Das Schaubild zeigt den Stand von 1986. Was geschehen kann: Zunächst versucht die EG in wichtigen Branchen gegen die USA und Japan zusammenzugehen. Damit provoziert sie allerdings protektionistische Maßnahmen der USA und Japan. Durch den verschärften wirtschaftlichen Druck würde dies die Konkurrenz zwischen den Nationalstaaten der EG verschärfen, da jedes Land auf Kosten des anderen heil aus der Sache herauskommen will. Der europäische Einigungsversuch kann mittelfristig das Auseinanderdriften der Länder Europas sogar beschleunigen.

Traum des BRD-Kapitals

Alle Jahre wieder sprechen die bürgerlichen Politiker von einer Einigung Europas. Für 1992 ist als „Meilenstein Europas“ (Bestechungs-Graf Lambsdorff) der gemeinsame Binnenmarkt vorgesehen. Hat das Kapital den Internationalismus entdeckt?

Der EG-Binnenmarkt sieht vor, alle Handelshemmnisse (Zölle, nationale Sonderbestimmungen) abzubauen (siehe VORAN Nr. 108). Weiterhin sollen die Wettbewerbsbedingungen bei öffentlichen Ausschreibungen verbessert werden.

Besonders die deutschen Kapitalisten erwarten Vorteile vom EG-Bin-

nenmarkt und das in zweifacher Hinsicht: Erstens haben die deutschen Kapitalisten durch das hohe Qualitäts- und Technologieniveau gewisse Vorteile im Konkurrenzkampf, zweitens liefert gerade dieser Konkurrenzkampf den Unternehmern neue „Argumente“, um das Sozial- und Lohnniveau und Ökologie- und Sicherheitsstandards, die die deutsche Arbeiterklasse dem Kapital abgerungen hat, zu drücken bzw. zum Wohle des Profits „umzustrukturieren“.

Dazu einige Stimmen aus dem Kapitalistenlager:

- Tyll Necker (Präsident des Bundes-

verbandes der Deutschen Industrie) warnte vor einem „Europa der Bürokraten“ und sagte, auf den Gebieten Gesundheit, Umweltschutz und Sicherheit müssten die Wettbewerbsbedingungen harmonisiert werden. Er meint damit nicht die Harmonie mit der Natur oder gar die Harmonie im Geldbeutel der Arbeiter.

- Daimler-Benz-Chef Edzard Reuter (übrigens SPD-Mitglied!) freute sich über den „mäßigen Anstieg von Löhnen und Gehältern“, forderte aber auch, „die Stabilitätspolitik müsse durch mutige Strukturanpassungen ergänzt werden.“ „Teure Anlagen müssen besser genutzt werden.“ Er hofft darauf, daß wir länger arbeiten, womöglich auch noch sonntags.

- Dr. Christoph von der Decken (Vorstand der Dresdner Bank): „Die große Diskrepanz in der jeweiligen Sozial- und Lohnpolitik sowie die Differenzen bei der Ertragsbesteuerung ist eine Belastung für die deutsche Wirtschaft im innereuropäischen Wettbewerb.“

Konzentration

Im Klartext: Runterschrauben der Körperschaftssteuer von derzeit 50% auf vielleicht 35% wie in Großbritannien, Angleichung der Sozialpolitik an irische oder sizilianische Verhältnisse!

(Apropos Sizilien: Wir in Schleswig-Holstein haben noch ein paar arbeitslose Mafiosi der früheren Barschelregierung billig abzugeben!)

Das deutsche Kapital will die wirtschaftliche Vormachtstellung in Europa ausbauen, die BRD-Monopole sollen noch mehr Macht bekommen (der Konzentrationsprozeß wird sich mit dem EG-Binnenmarkt verschärfen) und die europäische Arbeiterklasse soll für die Profite bluten.

Ein Traum des BRD-Kapitals. Denn nicht nur die Arbeiterklasse kann sich das nicht gefallen lassen,

auch die anderen europäischen Kapitalisten werden da nicht mitziehen. Wenn der Konkurrenzkampf nämlich zum Nachteil des italienischen oder britischen Kapitals auszugehen droht, werden die es schon verstehen, ihre Profite durch nationalstaatliche Maßnahmen zu schützen.

Und wie wird sich die europäische Arbeiterklasse zur Wehr setzen? Marx und Engels' Ausruf war selten so aktuell: Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Pucki Wulf, Lübeck Jungsozialist

Nein zum Europa der Konzerne - Ja zum Europa der Arbeiter!

Silvester 1992 sollen die knallenden Sektkorken nicht nur das neue Jahr begrüßen. „Der EG-Binnenmarkt ist da“, heißt dann die Neujahrsbotschaft in den zwölf Mitgliedsländern, wenn es nach dem Willen des Weißbuches der EG-Kommission geht.

Völlig freier Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr; keine Grenzformalitäten, keine Zollkontrollen mehr; gleiche technische Normen und europaweite Vorschriften; zwölf einzelstaatliche Regierungen, die eine einheitliche Wirtschafts-, Währungs- und Steuerpolitik betreiben: Das soll Europa reichen Segen bringen, nämlich

- 2,5 Millionen neue Arbeitsplätze,
- ein 2% höheres Wirtschaftswachstum und
- einen Gesamtnutzen von 410 Millionen DM (200 Mrd. ECU).

Wenn dann auch noch berufliche Abschlüsse und Hochschuldiplome europaweit gültig sind, wenn die Arbeitnehmer zum Geldverdienen nach Lust und Laune ins Nachbarland umziehen können ohne Scherereien wegen der Aufenthalts- oder Arbeitserlaubnis zu haben, wenn die Magnetkarte in alle Geldautomaten der „Gemeinschaft“ paßt, dann ist die Zeit der Nationalstaaten ja fast schon überwunden, oder?

Der Frieden wird sicherer, die Umwelt gesund und Europa Nummer 1 in der Welt ...

Nichts Neues

Das ist nicht das erste Mal, daß dieser Traum geträumt wird. Schon im Vertrag von Rom 1957 schlossen sich die BRD, Frankreich, Italien und die Benelux-Staaten zur Bildung der „Europäischen Atomgemeinschaft“ (Euroatom) und der „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ (EWG) zusammen.

Die Gründe wurden in einer Denkschrift des Bonner Wirtschaftsministeriums von 1953 erklärt:

„In den gegebenen nationalen Räu-

men ist bei dem derzeitigen Stand der internationalen Arbeitsteilung eine (...) Steigerung zwar auf sehr vielen Gebieten durchaus möglich, aber sie stößt auf wesentlich engere Grenzen, als sie in einem größeren Wirtschaftsgebiet gegeben sind. Die Vorteile eines größeren Wirtschaftsgebietes liegen vor allem in der Chance, eine gesteigerte Arbeitsteilung durchzuführen. Sie gestattet eine bessere Verteilung der Produktionsstandorte. (...) Sie gestattet auch die zusätzliche Ausnutzung brachliegender Produktionsreserven, deren komplementäre Teile auf getrennte Wirtschaftsgebiete verteilt sind. Der Markt eines größeren Wirtschaftsgebietes erhöht die Absatzmöglichkeiten für die einzelnen Unternehmer und damit auf Chance zur Produktion in größeren Serien mit allen Vorteilen, die sich für Rationalisierung in Produktion und Handel ergeben.“

Die EG ist jetzt 30 Jahre alt, in der Welt Handelsmacht Nr. 1 geworden, hat sechs weitere Mitgliedsstaaten

(Großbritannien, Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien und Portugal) aufgenommen, ist schon mehrmals von schweren inneren Konflikten gebeutelt worden und beinahe wieder auseinandergebrochen.

Bereits 1965 stand die EWG vor einer Zerreißprobe, als Frankreich alle Sitzungen der Gemeinschaftsorgane sieben Monate lang boykottierte. Als abschließbar war, daß die hochgesteckten Ziele 1972 nicht erreicht werden können (eine einheitliche Währung für die EG, ein einheitlicher Binnenmarkt), beschlossen die Mitgliedsregierungen 1970 die „Wirtschafts- und Währungsunion auf 1980 zu verschieben.“

Die Weltwirtschaftskrise 1974/75 und der instabile Dollar ließen dieses Vorhaben schnell platzen. Auch 1980 wurde es mit der „Europa-Union“ nichts. Die EG wurde stattdessen von schweren inneren Auseinandersetzungen geschüttelt. Jede nationale Kapitalistengruppe griff auf ihren „eigenen“ Staatsapparat zurück, um die Konkurrenz zu besiegen. Jeder ist sich selbst der nächste. Nach mehreren vergeblichen Anläufen wurde 1979 (in einem Jahr des wirtschaftlichen Aufschwungs) das Europäische Währungssystem (EWS) gegründet mit der neuen Währung ECU. Echtes Geld ist der ECU noch lange nicht, sondern er stellt weiterhin nur eine Recheneinheit dar.

Zerreißproben

In der nächsten Weltwirtschaftskrise von 1980-82 kam die EG erneut in eine Zerreißprobe, weil die marktwirtschaftliche, finanzielle und soziale Entwicklung der Einzelländer zu unterschiedlich war. Frankreich mußte 1982 den „Notstand des Außenhandels“ ausrufen, Griechenland setzte gar die EG-Freizahlsregelungen ganz außer

Kraft. Erst der 1983 verstärkt einsetzende Aufschwung (der inzwischen länger andauert, als alle Prognosen annahmen), verschaffte den Tendenzen zur Weiterentwicklung der EG wieder Oberwasser.

In den Jahren von 1950 bis 1970 konnten die EG-Staaten ihren Außenhandel um 650% hochschrauben, während im gleichen Zeitraum der Weltmarkt um „nur“ 100% wuchs. Der Handel innerhalb der Gemeinschaft betrug 1985 das 25fache des Wertes von 1950. Kein Wunder, daß angesichts dieser Erfolge manche Strategen des Kapitals und ihre journalistischen Bewunderer schon hochfliegende Pläne zu schmieden begannen: Eine „Europa-Union“ sollte das Ziel sein – ein Super-Staat, gegründet auf einen einheitlichen Binnenmarkt, mit einer Regierung, einem Militärapparat, einer Währung, einer Zentralbank und einem Steuersystem, der es in der Welt sogar zur Supermacht bringen könnte, die den USA und der UdSSR ebenbürtig wäre.

Allerdings haben nicht alle Staaten von der EG zu gleichen Teilen profitiert – und nicht alle Klassen. Außer eindeutigen Gewinnern gibt es auch solche, die draufzahlen. Die Entwicklungsunterschiede zwischen den verschiedenen europäischen Regionen sind heute größer denn je, obwohl eines der feierlich proklamierten Ziele der Gründungsverträge war, eben dieses Gefälle in Lebensstandard, Beschäftigung und Wirtschaftskraft in Europa einzuebnen.

Die gemeinsame Wirtschaftspolitik der EG in den Bereichen Kohle, Stahl und Schiffsbau besteht in einer staatskapitalistischen, geplanten Vernichtung der Überkapazitäten, die zwischen den entsprechenden Konzernen, den nationalen Regierungen und der EG-Kommission ausgehandelt wird. Der Profit zählt dabei als wichtigstes Argument, die Verringerung eventueller Verluste (die im kapitalistischen Geschäft ja hin und wieder ebenfalls vorkommen sollen) als zweitwichtigstes. Hunderttausende von „überflüssigen“ Arbeitsplätzen fielen verschiedenen EG-Roßkuren zum Opfer, die Europas Industrie „fitter, schlanker und konkurrenzfähiger“ trimmen sollten.

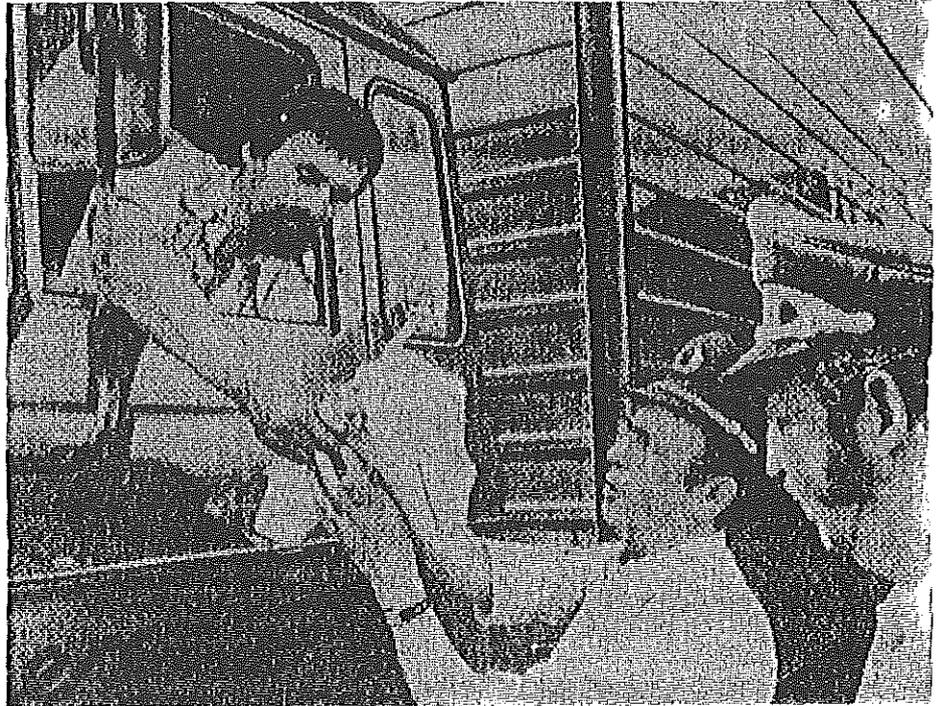
Auf diese Weise ist die Arbeitslosigkeit in den zwölf EG-Ländern während des Aufschwungs von 1983 bis 1988 von 15,1 Millionen auf 16,2 Millionen gestiegen. Dies sind nur die offiziellen Zahlen, die Dunkelziffern der verschiedenen Länder hinzugerechnet ergibt die Endsumme gut und gerne 24 Millionen. Wenn in der EG die Arbeitslosigkeit sogar während des Aufschwungs steigt – was passiert dann erst in der nächsten Rezession!?

Der wichtigste Bereich der EG ist die „Gemeinsame Agrarmarktordnung“, die 65-70% der EG-Gelder schluckt.

Der gemeinsame Agrarmarkt sollte bei seiner Einführung die europäische Landwirtschaft „konkurrenzfähig halten“ und „die Selbstversorgung sichern“, wie es so schön hieß. Inzwischen hat sich die EG-Agrarmarktpolitik als eine Veranstaltung erwiesen, die unter riesigen Kosten mittels einer chemisierten, durchindustrialisierten Landwirtschaft äußerst ungesunde Eßwaren in enormen Überschüssen produziert, die zuerst teuer eingelagert und verwaltet und später wieder vernichtet werden und dabei die Ackerböden zerstört, das Grundwasser vergiftet, die Luft ver-

tet wird, aber die Verkaufserlöse für diese Futtermittel landen in den Taschen der einheimischen Großgrundbesitzer, nicht der hungernden Landbevölkerung (wenn diese Anbauflächen nicht schon längst im Besitz westlicher Industriekonzerne sind).

Ein eindeutiger Verlierer der EG-Agrarindustrie steht jetzt schon fest: die Gesundheit der Umwelt und mit ihr die Gesundheit der Menschheit. Sie werden dem Profit geopfert. Ob Böden, Wasser oder Luft von Pestiziden, Herbiziden, Kunstdüngern oder der „natürlichen“ Gülle von Massentierhaltungsanlagen vergiftet



Durch die Schaffung des europäischen Binnenmarktes sollen die Grenzkontrollen weitgehend abgebaut werden.

sucht und den Weltmarkt erobert.

Und wer hat den Nutzen von diesem EG-Agrarmarkt?

Bauern etwa? Die meisten nicht. 80-90% haben nämlich die EG-Agrarpolitik der letzten 30 Jahre nicht überlebt. Heute geht alle zweieinhalb Minuten in der EG ein landwirtschaftlicher Arbeitsplatz verloren; in der BRD gehen täglich 48 bundesdeutsche Höfe bankrott (17.500 jährlich). 1946 gab es noch über 5 Mio. bundesdeutsche Landwirte, 1986 waren es weniger als eine Million (davon nur ca. 350.000 Vollerwerbslandwirte).

Die Verbraucher vielleicht? Sie haben um 25% über dem Weltmarktniveau liegende Preise für „Lebensmittel“ zu zahlen, deren Gesundheitsverträglichkeit angesichts der Bruteier, Glykolweine, Hormonkälber und überzüchteten Schweinen mehr als zweifelhaft ist.

Oder gar die Dritte Welt? Sie stellt zwar Anbauflächen zur Verfügung, auf denen das Kraftfutter für die europäischen Hochleistungsmilchkühe gern-

und erstickt werden, BASF, Bayer, Hoechst und die Tierarzneimittel-Dealer verdienen jeweils kräftig mit.

Nur ein halbes Prozent des EG-Haushaltes ist für Umweltschutzmaßnahmen gedacht, während rund zwei Drittel dem Umweltsünder Nr. 1, der kapitalistischen Landwirtschaft zur Verfügung stehen. Im Juni 1988 haben die europäischen Umweltminister endgültig verhindert, daß die strengeren US-Abgaswerte und damit Katalysatoren bei Kleinwagen (unter 1,4l Hubraum) vorgeschrieben werden. Diesel-PKW's dürfen krebserregend weiterreifen wie bisher – denn die neuverordneten Grenzwerte erreichen sie schon lange. Vor allem die Autokonzerne aus Frankreich, Spanien und Großbritannien – und mit ihnen natürlich die nationalen Regierungen dieser Länder – betätigen sich als Bremsen. Hingegen weigert sich die BRD beharrlich, die schärferen EG-Auflagen gegen die Pestizide im Grundwasser anzuerkennen. Die EG ist heute ein gemeinsamer

Markt der Umweltvergiftung, bei dem derjenige Staat das Tempo vorgibt, der die laschesten Vorschriften hat.

Welche Überlegungen hinter dem Binnenmarkt-Vorhaben stecken, zeigen folgende Zitate aus Veröffentlichungen der EG-Kommission und des Europäischen Parlaments:

„Die unterschiedlichen Erzeugnisse sind ein großes Hindernis für die europäische Industrie. Sie hindern die Unternehmen daran, den Dimensionseffekt des europäischen Marktes zu nutzen und zwingen sie, zwölf verschiedene Versionen des gleichen Erzeugnisses herzustellen, zwölf Prüf- und Zulassungsverfahren anzuwenden.“

„Wußten Sie, daß die Mitgliedsstaaten insgesamt doppelt so viel für Forschung ausgeben wie Japan? Ja schon, aber jeder Staat für sich. Inzwischen hat sich Europa bei den Tonbandgeräten japanischen Normen unterworfen, und im Bereich der Großcomputer ist es sozusagen aus dem Rennen.“

Wirtschaftliche Aufrüstung

Der Binnenmarkt 1992 ist ein Projekt zur wirtschaftlichen Aufrüstung Europas, um bei der Schlacht um Weltmarktanteile besser abschneiden zu können. Ein europäischer Binnenmarkt wäre mit 324 Millionen Einwohnern der größte der Welt, bei einer privaten Kaufkraft von 2800 Milliarden US-Dollar.

Binnenmarktbegeisterte Politiker und Kapitalisten rechnen bei einer möglichen Kostenersparnis von 50 Mrd. ECU durch Wegfall von Grenzformalitäten, 60 Mrd. ECU durch Vereinheitlichung verschiedener Normen und Vorschriften, 17 Mrd. durch das grenzüberschreitende Vergeben staatlicher (Bau-)Aufträge. Alles zusammen soll sich zu einem Gesamt-Kostenvorteil von 200 Mrd. ECU (410 Mrd. DM) summieren, 200 Mrd., die den potentiellen Mehrprofit für solche Großkonzerne darstellen, die die Chance am besten nutzen.

Außerdem ist der Binnenmarkt 1992 das größte „Deregulierungs“-Vorhaben in der Geschichte seit Hitler, das in den entwickeltesten Ländern die Sozial-, Umwelt- und Lebensstandards auf das tiefere Niveau der rückständigeren drücken soll, um auf diese Weise Profite und Absatz zu steigern.

Da eine Einigung auf einheitliche Standards bisher nicht möglich war, fand die EG-Kommission mit List und Tücke „eine neue Strategie auf dem Gebiet der Normen: die gegenseitige Anerkennung“. Dies bedeutet, „daß ein in einem Mitgliedsstaat rechtmäßig hergestelltes und vermarktetes Erzeugnis automatisch in jedem anderen Mitgliedsstaat frei verkauft werden kann,

auch wenn dort andere Normen gelten.“ In der Praxis wird das Land mit dem niedrigsten Umweltstandard die Richtmarkt setzen – und in den anderen Ländern werden die Unternehmer fordern, schärfere Umweltauflagen wieder abzuschaffen, um „konkurrenzfähig“ zu bleiben.

Deregulierung

Europas Kapitalisten verbinden mit dem Binnenmarkt 1992 ihre eigene Utopie: ein Kontinent, der auf dem Lohnniveau Portugals produziert (das ist geringer als in Japan), aber die Kaufkraft Nordamerikas besitzt (die größte der Welt) und in moderner Spitzentechnologie (Gen-, Bio-, Elektronik-, Kommunikations-, Atom-, Informations-, Computertechnologie etc.) die Welt hinter sich läßt – ein Kontinent, in dem Ladenschlußgesetze wie im Duty-Free-Shop internationaler Flughäfen gelten (nämlich keine!), in dem die Lohnnebenkosten so gering sind wie in Griechenland (nahe Null), in dem Anti-Streik-Gesetze wie im England Maggie Thatchers einen „Arbeitsfrieden“ wie in Liechtenstein gewährleisten, in dem die Arbeiter mit deutscher Pünktlichkeit und türkischem Urlaubsanspruch Tag-, Nacht- und Wochenendproduktion verrichten wie in den italienischen Besciani-Stahlwerken ...

Der Jahresbericht der EG-Kommission über die soziale Lage in Europa zählt erfreut auf, welche Fortschritte die „Deregulierung“ gemacht hat. Er macht deutlich, daß „Deregulierung“ einen regelrechten Frontalangriff auf alle sozialen Errungenschaften der Arbeiterklassen in den verschiedenen Ländern darstellt. In Belgien wurden z.B. die gesetzlichen Schranken gegen Nacht- und Wochenendarbeit aufgehoben,

in Frankreich und den Niederlanden ebenso. In Frankreich wurde außerdem eine weitgehende Flexibilisierung der Arbeitszeiten (37–44-Stunden-Woche Spannweite) durchgesetzt. Der Kündigungsschutz wurde in Portugal abgebaut, in Spanien ist die Anzahl der Teilzeitbeschäftigten um hunderttausende in die Höhe geschossen. In Griechenland wurde vom Nationalrat eine „vierte Schicht“, nämlich je 12 Stunden Arbeit an Samstagen und Sonntagen, gestattet.

Das DIW-Institut für Wirtschaftsforschung rechnet mit einer großen Kapitalkonzentration durch den Binnenmarkt. Eine riesige Fusionswelle quer über alle Grenzen überrollt bereits jetzt die Industrie (Daimler/Matra, Siemens-GEC/Plessey, VW-Seat, Philips-Grundig usw.). Die Deutsche Bank richtet eifrig Filialen in Italien und Portugal ein, in Spanien und den Niederlanden hockt sie schon im Geschäft.

Kapitalkonzentration

Es ist völlig klar, daß diese Kapitalkonzentration auf Dauer keinen zusätzlichen Absatzmarkt und damit auch keine zusätzlichen Arbeitsplätze schafft. Die entstehenden Monsterkonzerne werden sich natürlich einen größeren Marktanteil unter den Nagel reißen. Aber dies wird auf Kosten schwächerer Konkurrenten gehen, die in den Ruin getrieben und hunderttausende Erwerbslose hinterlassen werden. Da ist es nur logisch, daß das Info-Institut mit mehreren hunderttausend zusätzlichen Arbeitslosen durch den Binnenmarkt rechnet.

Der Philipskonzern will im Zuge der Binnenmarkt-Rationalisierung 60 von seinen 180 europäischen Fabriken schließen, der ICI-Vorsitzende rechnet



Für die Arbeiter bedeutet der Plan des EG-Binnenmarktes schon jetzt massive Angriffe auf hart erkämpfte Errungenschaften.

mit der Schließung von 50% der europäischen Fabriken. Vor allem den deutschen Lohnabhängigen wird mit der Konkurrenzfähigkeit der ausländischen Industrie gedroht, die nur in Schach gehalten werden könne, wenn auf die 35-Stunden-Woche verzichtet wird. Andernfalls wäre der „Industriestandort BRD“ nicht mehr zu halten (der aber immerhin Exportweltmeister seit 1986 ist!).

Der Binnenmarkt ist ein Versuch der deutschen Unternehmer, die Beschäftigten zu zwingen, sich mit schlechteren sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen abzufinden; Mitbestimmung, Ladenschluß, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, bezahlter Urlaub, Arbeitsschutz, Sozialleistungen, Beschränkung von Samstags-, Sonntags- und Nachtarbeit – all diese Errungenschaften sollen „dereguliert“ werden.

Der Binnenmarkt 1992 kann keinen dauerhaften Wirtschaftsaufschwung in Europa bewirken. Er wird auch den Grundwiderspruch zwischen der globalen Entwicklung der Produktivkräfte und ihrer Beschränkung durch die Existenz von Nationalstaaten nicht aufheben. Der EG-Binnenmarkt überwindet die zwischenstaatliche, imperialistische Konkurrenz überhaupt nicht: Im Weltmaßstab ist er ein Instrument der europäischen Staaten, um diese Konkurrenz gegen Japan und gegen die USA möglichst erfolgreich gemeinsam auszufechten.

Schönwetterorganisation

Der nationale Staatsapparat ist die Waffe einer herrschenden Klasse, um ihre Interessen zu verteidigen: In den Auseinandersetzungen mit der Arbeiterklasse (sowohl in revolutionären wie auch in „normalen“ Perioden), im Krieg gegen andere Staaten und im „friedlichen“ wirtschaftlichen Konkurrenzkampf. Eine nationale Kapitalistenklasse gibt nicht ihren bewährten nationalen Staatsapparat auf, der sie verteidigt – und schon gar nicht in Krisenzeiten. Selbst ein Binnenmarkt, der '92 oder später unter der extrem günstigen Voraussetzungen eines anhaltenden Weltwirtschaftsbooms verwirklicht wäre, ist noch längst nicht die früher erträumte kapitalistische „Europa-Union“: ein Staat, eine Regierung, eine Währung, eine Zentralbank, eine Politik und eine europäische Armee.

Die EG ist im Prinzip eine „Schönwetterorganisation“. Im Aufschwung entstanden, fing sie bereits in der ersten Weltwirtschaftskrise 1974/75 zu wanken an. Die wirtschaftlichen Erschütterungen, die im letzten Jahrzehnt dieses Jahrtausends noch kommen, wollen erst mal überstanden sein. Andererseits ist die gegenseitige Verflechtung der europäischen Volkswirtschaften schon so

weit fortgeschritten, daß die EG nicht allzusehr auseinanderbricht. Aber eine neue Weltwirtschaftskrise noch vor 1992 – die nur allzu wahrscheinlich ist – wird in jedem Fall einen dicken Strich durch all die schönen Pläne machen. Sogar ein bis 1992 anhaltender Aufschwung würde noch genug Schwierigkeiten übrig lassen, die zu überwinden wären.

Das bewußt tiefgesteckte Ziel (im Vergleich zu früheren Vorstellungen) „Binnenmarkt '92“ ist schwierig genug durchzusetzen. Fast 300 verschiedene Bereiche gibt es, in denen die 12 EG-Staaten ihre nationalen Gesetze ändern müssen, soll der Binnenmarkt Wirklichkeit werden. Über rund 120 – aber die unwichtigeren, wenig umstrittenen – haben sie im Ministerrat Einigung erzielt, doch von den nationalen Parlamenten sind sie deswegen noch lange nicht beschlossen. Es dauerte 10 Jahre, bis in der EG eine Einigung über die Höhe von Rückleuchten an Zugmaschinen bewerkstelligt war; über die Stärke von Bindfäden zur Befestigung von Glasagen an Stofftieren wird immer noch verhandelt.

Die BRD-Wirtschaft hätte von einem Binnenmarkt den größten Nutzen. Aber selbst hier gibt es Schichten von Kapitalisten und Branchen, die sich sperren, weil sie Nachteile befürchten. Nicht nur die Bierbrauer wollen sich die Protektion des „deutschen Reinheitsgebots“ erhalten, auch die Hersteller von Milchprodukten verweisen auf die besonders hohe Qualität deutscher Erzeugnisse, Wurstlieferanten wollen keine Zulassung von Soja usw. Wenn es sogar im wirtschaftlich stärksten Land solche Widerstände gibt, wieviel mehr werden sich dann die schwächeren EGLändern gegen die Ausplünderung und Beherrschung ihrer Märkte durch deutsches Kapital wehren und ihre Wirtschaft schützen wollen, besonders nach einer Rezession?

Wenn in 25 Jahren ununterbrochenem Nachkriegsaufschwung mit kräftigen Wachstumsraten in Europa kein umfassender Binnenmarkt zustande kam, warum sollte er dann in den krisengeschüttelten 80er Jahren gelingen? eher ist zu erwarten, daß die zentrifugalen Kräfte zunehmen und der EG-Zusammenhalt geschwächt wird. Nicht einmal ein vollständiges Auseinanderbrechen der EG ist ausgeschlossen, wenn die wirtschaftlichen Grundlagen der Weltwirtschaft in einer Krise zu weit zerrüttet werden.

Die Masse der kleinen Leute in Europa hat von einem kapitalistischen EG-Binnenmarkt kaum Vorteile, aber viele Nachteile zu erwarten; den Bewohnern der Entwicklungsländer droht ebenfalls Schlimmes. Jedoch hätte eine Auflösung der EG noch katastrophalere Folgen: neue Zölle in Europa, Abwürgen

des internationalen Handels und nationalstaatlicher Protektionismus würde zu einem Wirtschaftskrieg führen, ganze Branchen in den Ruin treiben, den Absatz der übrigen Wirtschaft drastisch einschränken, weitere Millionen in die Erwerbslosigkeit jagen und den Lebensstandard der noch beschäftigten Arbeiter empfindlich senken.

Weg zur Einigung

Europa ist eines der reichsten Fleckchen auf der Erde. Und doch produziert es Verelendung für die Dritte Welt und Vergiftung der Natur rund um den Globus. Dabei könnten seine Bewohner sich ein Leben ohne materielle Not gestalten, wenn sie die Grenzen ihrer Staaten niederreißen und die Produktivkräfte sinnvoll und geplant einsetzen, die ihr Kontinent birgt.

Nicht Produktion um des wirtschaftlichen Profits willen, sondern um menschliche Bedürfnisse zu befriedigen, müßte Dreh- und Angelpunkt einer neuen europäischen Wirtschaftsweise sein.

Nicht Eroberung der Weltmärkte, sondern echte Hilfe für die Entwicklungsländer wäre das Ergebnis, Hilfe, die innerhalb einer Generation Hunger, Not, Mangelkrankheiten und Analphabetentum ausrotten könnte.

Nicht brachliegende Produktionskapazitäten würden erwerbslosen Arbeitsskräften gegenüberstehen, sondern Vollbeschäftigung durch planmäßige Produktion sinnvoller Güter bei rascher Arbeitszeitverkürzung für alle wäre der Normalfall.

Nicht die Benachteiligung der Frauen müßte die Regel sein, sondern die gleichmäßige Aufteilung von Kindererziehung, Haus- und Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern wäre möglich.

Nicht Verseuchung der Umwelt wäre die zwangsläufige Folge des Produktionssystems der Europäer, sondern die Wiederherstellung der natürlichen Lebensgrundlagen und ihre Erhaltung stellte die notwendige Voraussetzungen einer neuen Produktionsweise dar, die auf die Bedürfnisse der gesamten Menschheit ausgerichtet ist.

Nicht ständige Aufrüstung, um das eigene System zu verteidigen, größere Märkte erobern oder Aufstände von gegen ihre Unterdrückung rebellierenden Völkern niederschlagen zu können, wären an der Tagesordnung, sondern tatsächliche Abrüstung und dauerhafter Frieden.

Nicht die Diktatur einer besitzenden oder verwaltenden Elite wäre der Alltag in den Büros und Fabriken, sondern eine wahrhafte Demokratie der arbeitenden Menschen bestimmte das Bild.

Solche Vorstellungen bleiben Träume, solange Europa kapitalistisch ist. Solange es Privateigentum an Produktionsmitteln gibt, werden auch Natio-

nalstaaten und Staatsgrenzen fortexistieren. Die Ostblockstaaten beweisen, daß Grenzen nicht einmal dann fallen müssen, wenn Grund und Boden, Produktionsanlagen und Banken verstaatlicht sind. Ohne Demokratie, unter der Herrschaft einer Bürokratie leben nationale Streitigkeiten und blutige Konflikte wieder auf, die längst überwunden schienen.

Der Widerspruch zwischen den hochentwickelten Produktivkräften und ihren nationalstaatlichen Zwangsjacken schreit nach Auflösung. Der Kapitalismus könnte versucht sein, ihn aufzulösen mittels Handelskriegen, neuen Zollschranken, Protektionismus, Massenarbeitslosigkeit und letztlich einem neuen Weltkrieg. Nur eine international geplante Wirtschaft unter demo-

kratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung könnte ein neues Kapitel in der Geschichte der Menschheit aufschlagen.

Ein Europa müssen die multinationalen Konzerne, die Banken, die Versicherungen und die eintausend größten Betriebe in das gemeinsame Eigentum der Völker überführt werden – nur so ist ihren Kindern die Chance auf eine lebenswerte Zukunft gewahrt.

Für diese Ideen treten die Jungsozialisten ein. Sie können nur verwirklicht werden, wenn sie die Mehrheit der Arbeiterbewegung dafür gewinnen. Sollte der Binnenmarkt tatsächlich kommen, müssen die Jungsozialisten mit der Arbeiterbewegung gegen die schlimmsten Auswirkungen ankämpfen: für Reformen des EG-Agrarmarktes, die den Er-

zeugern, den Verbrauchern und der Umwelt nützen; gegen die totale Deregulierung der Sozialstandards in Europa; für die Anhebung der schwächeren Länder auf das Niveau der stärksten.

- Weder kapitalistischer Freihandel, noch kapitalistischer Protektionismus – weder europäischer Binnenmarkt, noch nationale Kleinstaatelei!
- Ja zu einer internationalen Planwirtschaft unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung.
- Ja zu den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Auszüge aus dem Antrag des Juso-Kreisverbandes Stuttgart an den Bundeskongreß

Einzige Möglichkeit für ein geeintes Europa:

Föderation der Sozialistischen Staaten von Europa

Nicht nur in Unternehmerkreisen wird heftig über den für 1992 geplanten europäischen Binnenmarkt diskutiert. Auch der Europäische Gewerkschaftsbund und die Sozialistische Fraktion im Europaparlament machen sich ihre Gedanken.

In einem Papier der Arbeitsgruppe Binnenmarkt der Sozialistischen Fraktion wird die Grundsatfrage „Binnenmarkt ja oder nein“ aufgeworfen: „Die Fraktion könnte theoretisch vereinfachend zwischen drei Grundsatpositionen wählen: 1. keinen Binnenmarkt zu wollen, 2. einen rein auf wirtschaftliche Ziele orientierten Binnenmarkt anzustreben oder 3. ein Binnenmarktkonzept zu erarbeiten, das weit über den wirtschaftlichen Bereich hinausgeht und welches darauf abzielt, humanitäre und soziale Forderungen von Sozialisten im Rahmen eines europäischen Konzeptes umzusetzen. Position 1 würde nach unserer Einschätzung bedeuten, daß man sich für den wirtschaftlichen Rückschritt entscheidet, den Anspruch aufgibt, daß Europa im internationalen Konkurrenzkampf den USA und Japan gleichwertig begegnen kann. Die EG würde damit auch politische Zweitklassigkeit akzeptieren, mit zunehmender Abhängigkeit von internationalen Entscheidungen, die keinem europäischen Einfluß unterworfen sind. (...)

Die Position 2 würde bedeuten, daß man sich für ein konservatives, neoliberaleres Gesellschaftsmodell entscheidet. Nur den Binnenmarkt für Waren und Dienstleistungen und Kapital zu

schaffen heißt ‚Sozialdumping‘ herauszufordern. Dies hätte zur Konsequenz, daß im unvermeidlichen Konkurrenzkampf die soziale Sicherung, die Steuersysteme, die staatlichen Leistungen und die Umweltschutznormen nach unten harmonisiert würden.

Auch die zweite Grundposition verstößt gegen den Geist europäischer

Verträge. (...) Die Grundposition 2 scheidet auch schon deshalb aus, weil die von dem Sozialabbau betroffenen Gruppen sich zur Wehr setzen würden und damit die Verwirklichung des Binnenmarktes verhindern würden.

Es ist daher offensichtlich, daß für die Sozialistische Fraktion nur die dritte Grundposition als Handlungsmaxime in Frage kommt.“

Sozialistische Fraktion

Diese Gedanken verdrängen die entscheidende Frage: Sind die Interessen der Unternehmer mit denen der Arbeiter überhaupt vereinbar?



Um sich gegen die Angriffe der Unternehmer wehren zu können, ist der Aufbau von schlagkräftigen internationalen Gewerkschaftsstrukturen nötig.

Die Sozialistische Fraktion (SF) hängt offensichtlich der Vorstellung an: Was für die Unternehmer gut ist – der Binnenmarkt –, kann auch für die Arbeiter gut sein. Das bedeutet auf der einen Seite, die Konkurrenzsituation für die Unternehmer vorteilhafter zu gestalten, und es bedeutet auf der anderen Seite, alles zu vermeiden, was eine Gegenwehr der Arbeiter provozieren könnte. Aber die Interessen von Arbeitern und Unternehmern sind nicht die gleichen, sondern völlig entgegengesetzt. Und wie wir ja schon jetzt erleben, dient das Argument Europäischer Binnenmarkt den Unternehmern in erster Linie dazu, ihre Profite auf Kosten der Arbeiter zu erhöhen, Errungenschaften wie das freie Wochenende anzugreifen und zu rationalisieren, was Entlassungen bedeutet.

In vielen Bereichen sind wir mit Konzernen konfrontiert, die in verschiedenen Ländern arbeiten und diese Situation ausnutzen, um die Arbeiter gegeneinander auszuspielen. Um sich dagegen zu wehren ist eine enge internationale Zusammenarbeit nötig. Die Branchengewerkschaften müssen sich europaweit vereinen und für europaweite Verbesserungen kämpfen, für eine Vereinheitlichung des Lebensstandards auf höchstem Niveau.

Voraussetzung hierfür ist der Aufbau von schlagkräftigen Gewerkschaftsstrukturen. Auf jährlichen Gewerkschaftstagen sollten sowohl in den einzelnen Branchen als auch in dem Dachverband EGB Vertreter gewählt werden, die nicht mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn erhalten und jederzeit abwählbar sein müssen. Mit einer solchen Struktur könnten die Angriffe der Unternehmer abgewendet werden. Als erstes Ziel müssen die Rechte der Arbeiter festgeschrieben werden. Hier sollten die weitestgehenden Errungenschaften als Mindestrechte betrachtet werden.

Gleichzeitig muß der Kampf verstärkt werden für die sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche als Einstieg in weitere Arbeitszeitverkürzung – natürlich bei vollem Lohnausgleich.

Diese Maßnahmen sind erforderlich, völlig unabhängig davon, ob ein gemeinsamer Binnenmarkt zustande kommt oder nicht. Und entgegen all dem Getöse, das derzeit um das „Projekt '92“ gemacht wird: Auf kapitalistischer Grundlage ist eine Einigung Europas unmöglich.

Schön-Wetter-Organisation

Schon die ganze Geschichte der EG hat gezeigt, daß sie eine Schön-Wetter-Organisation ist. In Zeiten wirtschaftlicher Krisen haben sich die Unternehmen – auch die großen Konzerne –

doch immer auf die jeweiligen nationalen Regierungen gestützt, die sie schützen. Das wird auch in der nächsten Krise nicht anders sein. Und die wird mit hoher Wahrscheinlichkeit bis 1992 eingesetzt haben.

Die heute bestehenden politischen Strukturen „Europas“ machen schon deutlich, wie der Hase läuft: Der einzige politische Einfluß liegt in einem Gremium, das gar nicht vorgesehen war, dem Europäischen Rat. Ihm gehören die Regierungschefs der einzelnen Länder an (vgl. auch nebenstehenden Kasten). Das Europäische Parlament, das einzige Gremium, das direkt gewählt wird, hat überhaupt nichts zu sagen. Seine Mitglieder dürfen höchstens mal eine Anfrage machen. Weil der Kapitalismus immer noch genauso nationalstaatlich organisiert ist, wie er es immer war, werden auch die Kämpfe der Arbeiter für Verbesserungen in einzelnen Ländern beginnen. Solche Kämpfe werden aber von Arbeitern in anderen Ländern schneller als Vorbild aufgegriffen werden als früher. Das erste, was wir in der BRD für Europas Arbeiter und uns selbst tun müssen, ist: Wir müssen für eine Regierung kämpfen, die sich in allen Fragen am Interesse der Mehrheit der Bevölkerung orientiert, also eine SPD-Regierung mit sozialistischem Programm.

SPD-Alleinregierung

Diese Regierung müßte z.B. sofort aus der Atomenergie aussteigen. Sie müßte die Verwendung von Flourchlorkohlenwasserstoff (FCKW) und anderen schädlichen Treibgasen verbieten. Sie müßte bereit sein, umweltzerstörende Industrien notfalls auch zu enteignen, desgleichen die 200 größten Banken, Konzerne und Versicherungen, die die wirtschaftliche Macht in ihren Händen halten.

Sie müßte Verkehrskonzeptionen entwickeln, die der Schiene den Vorrang geben. Sie könnte das soziale Netz ausbauen, z.B. durch eine soziale Mindestsicherung von 1500 DM im Monat. Damit würde sich auch die Lage der Frauen schon wesentlich verbessern. Sie könnte ein massives Wohnungsbauprogramm durchführen, Spekulanten enteignen und Makler verbieten. Sie könnte jedem Jugendlichen einen Arbeitsplatz garantieren, Arbeit und Bildung für alle wären keine leeren Worte mehr.

Vertreter dieser Regierung in den europäischen Gremien oder sozialistische Abgeordnete im Europaparlament könnten dazu beitragen, durch ihre Propaganda und ihr Beispiel die Arbeiterklasse ganz Europas zu mobilisieren. Dies könnte auch in anderen Ländern zum Sturz bürgerlicher Regierungen und sogar der Bourgeoisie führen. Damit wäre der erste Schritt

getan zu der einzigen Möglichkeit eines geeinten Europas – der Föderation der Sozialistischen Staaten von Europa.

Barbara Kirschbaum, Köln
SPD-Mitglied

Der EG-Haushalt umfaßt 1989 etwa 95 Mrd. DM. Im Vergleich: Der Haushalt der Bundesrepublik umfaßte 1986 (ohne die Länderhaushalte) 263,5 Mrd. DM. Im Durchschnitt betragen die öffentlichen Ausgaben der EG-Mitgliedsstaaten über 45% des jeweiligen Bruttosozialproduktes – der Betrag, der der EG zur Verfügung steht, entspricht weniger als einem Prozent des BSP der Gemeinschaft. Allein zwei Drittel dieser Gelder gehen für die Finanzierung der Agrarpolitik drauf.

1. Kommission

Sie besteht aus 17 Mitgliedern, die durch die Mitgliedsregierungen für jeweils vier Jahre ernannt werden. Vorgesehene Aufgaben waren einerseits die Planung der notwendigen Maßnahmen und andererseits die Ausführung der getroffenen Entscheidungen bzw. deren Überwachung. Allgemein gilt: Die Ausführung der Beschlüsse ist Sache der Regierungen der einzelnen Mitgliedsstaaten.

2. Ministerrat

Er besteht aus den für die jeweiligen Fragen zuständigen Fachministern der Mitgliedsstaaten. Geplant war folgendes Vorgehen: Der Rat kann in der Regel nur über von der Kommission vorgelegte Vorschläge und Entwürfe beschließen. Eine Abänderung von Kommissionsvorschlägen war nur einstimmig möglich. In den meisten Fällen sollte eine qualifizierte Mehrheit im Ministerrat zur Entscheidung über einen Kommissionsvorschlag genügen.

Es zeigte sich aber, daß vor allem die großen EG-Staaten nicht bereit waren, solche Mehrheitsentscheidungen zu akzeptieren, wenn sie ihren nationalen Interessen entgegenstanden. Nachdem die französische Regierung sechs Monate lang die Ratssitzungen boykottierte, weil sie sich nicht einer Mehrheitsentscheidung nicht beugen wollte, kam es 1966 zum sogenannten „Luxemburger Kompromiß“, der Einstimmigkeit bei Entscheidungen voraussetzte. Die Folge waren Marathonsitzungen, die dennoch meist zu keinem einstimmigen Ergebnis führten.

3. Europäischer Rat

Aus dieser Lage heraus hat sich seit 1975 der „Europäische Rat“ entwickelt, der aus den Regierungschefs der einzelnen Mitgliedsstaaten besteht. Er vereinigt die Funktionen von Ministerrat und Kommission praktisch in seiner Hand.

4. Europäisches Parlament

Seit 1958 war die Direktwahl des Europäischen Parlaments vorgeschrieben, aber tatsächlich fand die erste Wahl erst 1979, 21 Jahre später, statt. Dieses Parlament ist das demokratische Feigenblatt der EG.

Es hat praktisch keine Kompetenzen. Es kann lediglich über die Verwendung eines kleinen Teils der Haushaltsmittel der Gemeinschaft entscheiden. Seine „Kontrollfunktion“ besteht darin, daß die Abgeordneten Anfragen an den Ministerrat und die Kommission richten dürfen.

Redaktion Voran, 5000 Köln 1, Hansaring 4, Telefon 0221 / 1345 04

Ich möchte weitere Informationen über VORAN

eine Liste weiterer Voran-Veröffentlichungen

ein Probe-Exemplar der Zeitung

Ich möchte

VORAN unterstützen und

Voran abonnieren, 6 Ausgaben zu 9,60

Voran weiterverkaufen und bestelle Exemplare (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

ein Voran-Förderabo zu DM beziehen (ab 20 DM)

.....
Vorname

.....
Name

.....
Straße

.....
Ort

.....
Telefon

Bitte einsenden an:
Voran, Hansaring 4, 5000 Köln 1

